Beschluss der BAG Frieden & Internationales auf der Tagung vom 02. - 04. Oktober 2026

A1NEU: Wehrhaft für den Frieden - Grüne Rüstungspolitik europäisch neu definiert - Programmatisches Papier

ÄNDERUNGSANTRAG GESAMTÄNDERUNGEN

*Antragsteller*in:* *BAG Frieden & Internationales*

Antragstext

Von Zeile 2 bis 3 löschen:

Wir sind und bleiben ~~die~~ Partei des Friedens. Unser Ziel ist eine Welt, in der Konflikte ohne Gewalt ausgetragen werden - durch Recht, Diplomatie und

Von Zeile 5 bis 16:

Doch es genügt nicht sich Frieden ~~ist kein Zustand, den man~~ nur ~~wünschen kann; er muss geschützt werden~~zu wünschen, sondern wir müssen ihn erarbeiten, verteidigen und schützen. Russlands imperialer Angriffskrieg, hybride Angriffe auf unsere Demokratie~~n~~ und die schwindende Verlässlichkeit der USA zwingen Europa, mehr Verantwortung für seine Sicherheit zu übernehmen. Diese Bedrohung bestimmt ~~das notwendige Maß unserer~~, wie unsere Verteidigungsfähigkeit aussehen muss und ~~damit auch die Rüstungsanstrengungen~~welche Rüstungsanstrengungen dafür nötig sind.
~~Unsere Grundformel lautet: Wehrhaftigkeit ist das Mittel, Abrüstung bleibt das Ziel. Wir rüsten nicht, weil wir an Waffen glauben, sondern damit niemand glaubt, uns angreifen zu können. Und wir sagen ebenso klar: Rüstung dient der Politik - niemals umgekehrt. Für Deutschland gilt dabei: Deutsche militärische Macht darf nur europäisch eingebettet, völkerrechtlich gebunden und gemeinsam mit Partnern eingesetzt werden.~~
Der derzeitige Epochenbruch bedeutet, dass Deutschland in seine militärische Wehrhaftigkeit investiert und seinen Beitrag zum Schutz seiner Verbündeten leisten muss. Eine glaubwürdige Abschreckung durch den Aufbau dieser Fähigkeiten soll dazu beitragen, Angriffe auf Deutschland und das gesamte Bündnisgebiet zu verhindern. Der massive Ausbau des Militärs und das Wachstum der Rüstungsindustrie können allerdings

eine durchaus risikobehaftete Eigendynamik entwickeln oder neue Befürchtungen bei unseren Nachbarn auf dem europäischen Kontinent hervorrufen. Deswegen gilt für uns als Grundsatz: je mehr Deutschland in seine militärischen Fähigkeiten investiert, umso stärker müssen die institutionellen und gesellschaftlichen Mechanismen zur Überwachung, Kontrolle und Überprüfung von Rüstungsindustrie und Militär ausgebildet werden. Unser langfristiges Ziel bleibt eine stabile europäische und globale Sicherheitsordnung, bei der Abrüstung wieder eine zentrale Rolle einnimmt. Wir setzen uns für die gewaltfreie Lösung von Konflikten ein. Für Deutschland gilt zudem: deutsche militärische Macht darf nur multilateral verankert, parlamentarisch abgesichert und völkerrechtlich gebunden sein.

Von Zeile 19 bis 21:

~~Sicherheit ist mehr als militärische Stärke. Sie umfasst soziale Stabilität, Klimasicherheit, Schutz kritischer Infrastruktur und die Widerstandskraft unserer Demokratie.~~
Sicherheit bleibt für uns orientiert am einzelnen Menschen und seiner Würde, dem Schutz besonders vulnerabler Bevölkerungsgruppen und dem Zusammenhalt der Gesellschaft als solcher. Im Sinne eines integrierten Sicherheitsbegriffs, wie ihn die nationale Sicherheitsstrategie (2023) geprägt hat, können alle politischen Handlungsfelder und Sektoren einen Beitrag zur Sicherheit Deutschlands leisten. Unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung, unsere territoriale Souveränität und unsere gesellschaftliche Vielfalt gilt es primär zu schützen. Militärische Stärke kann dazu nur einen Beitrag leisten, wenn wir gleichzeitig die anderen strukturellen Herausforderungen unserer Zeit bewältigen: die Klimakrise, den Verlust der Artenvielfalt, die Absicherung unseres Systems sozialer Sicherheit, die Wiederherstellung des Vertrauens in den Staat, den Schutz vor Pandemien, die verantwortungsbewusste Entwicklung Künstlicher Intelligenz.

Von Zeile 28 bis 31:

Militärische Gewalt ~~ist~~darf nur als ultima ratio~~, gebunden an~~ eingesetzt werden, stets im Einklang mit Völkerrecht, Grundgesetz und dem Parlamentsvorbehalt. Aus der Friedensbewegung kommend wissen wir: Wer Gewaltlosigkeit zum Ziel hat, muss angemessene Antworten auf Gewalt ~~abschrecken können~~haben, solange andere bereit sind, sie einzusetzen. Verteidigungsfähigkeit und Friedenspolitik sind

Von Zeile 33 bis 40:

~~Resilienz neben Verteidigung und Rüstung gesamtstaatlich und europäisch denken: gesellschaftliche~~Gesellschaftliche

Widerstandsfähigkeit, Zivilschutz, Cybersicherheit und Schutz kritischer Infrastruktur sind gleichrangiger Teil der Verteidigungsfähigkeit und sollten grenzüberschreitend ~~zu organisieren~~in Europa organisiert werden. Gerade die gesellschaftliche Widerstandsfähigkeit kann nicht alleine durch Technologie geschaffen werden. Stattdessen ist eine Stärkung ~~der Menschen in Ihrer Heimat~~von Gemeinschaft, Demokratie und Resilienz nötig. Europäische Politik muss ~~hier mit mutigem Vorbild~~ vorbildlich und ~~offener~~mit transparenter Kommunikation voran gehen und die lokalen ~~Strukturen befähigen~~Verwaltungsstrukturen befähigen, die für sie passenden ~~Vorbereitungen~~Maßnahmen zu treffen.

Von Zeile 56 bis 65:

- Fähigkeiten binden deutsche Stärke fest in Europa ein und garantieren gemeinsame Einsatzfähigkeit ~~im Ernstfall~~.
- Gemeinsame Beschaffung ~~und verlässliche Finanzierung: Gemeinsame Beschaffung wird~~mit anderen Verbündeten muss zur ~~Regel;~~Regel werden; Deutschland unterstützt die beste europäische Lösung unabhängig von ihrem nationalen Ursprung. Wir unterstützen die Nutzung und Weiterentwicklung ~~von OCCAR~~der Gemeinsamen Organisation für Rüstungskoordination (OCCAR) zu diesem Zweck. Verteidigungsausgaben müssen planbar und überjährig gesichert sein - zugleich gilt: Beschaffung muss Wirtschaftlichkeitsprüfung und parlamentarischer Kontrolle unterliegen. Dabei ist Zeit ein strategischer Faktor. Beschaffung muss so priorisiert und organisiert werden, dass sie mit der sich wandelnden Bedrohungslage Schritt halten kann; schnelle Verfahren sind dort nötig, wo Fähigkeitslücken akut sind. Aufwuchs ist kein Selbstzweck; er ist zu begründen, zu evaluieren und an die Lage anzupassen und auch in

Von Zeile 69 bis 73:

- gegenüber dem parallelen Aufbau neuer Strukturen bevorzugt berücksichtigt werden. Das kann auch Kapazitäten ~~in~~bei europäischen Beitrittskandidaten einschließen, sofern gemeinsame Standards, Lieferfähigkeit und politische Verlässlichkeit gewährleistet sind. Darüber hinaus sollte sich die deutsche Rüstungsbeschaffung vom Primat der teuren, perfekten Lösung trennen. Um

Von Zeile 105 bis 107 löschen:

- Nachfragespitzen dürfen den finanziellen Spielraum für andere staatliche Kernaufgaben nicht unnötig verengen. ~~Überproportionale Gewinne wollen wir in Forschung und Entwicklung überführen.~~

Von Zeile 125 bis 127 löschen:

- ~~Die Priorität europäischen Aufwuchses und Beschaffung schließt internationale Beschaffungen mit Blick auf Verfügbarkeit oder fehlende europäische Entwicklungen nicht aus.~~

Von Zeile 137 bis 140:

- Unterstützungsstrategie sind. Lieferungen von Rüstungsgütern an strategische Partner außerhalb dieser Gruppen muss eine explizite politische Strategie zugrunde liegen, die ~~europäische strategische~~langfristigen europäischen Interessen an regionaler Sicherheit, internationaler Ordnung und ~~Werte zugleich stärkt~~Konfliktverhütung entspricht. Diese Strategie muss regelmäßig überarbeitet und durch einen geheim

Von Zeile 143 bis 144 einfügen:

- Nein zu Exporten an Staaten, die Menschenrechte systematisch verletzen, Angriffskriege führen oder in denen ein Endverbleib nicht gesichert ist, weil sie beispielsweise militärische Güter an Konfliktparteien in Drittstaaten liefern. Dazu müssen die zuständigen staatlichen Stellen für eine effektive Kontrolle der Endverbleibserklärungen entsprechend mit Kompetenzen und Personal ausgestattet werden.

Von Zeile 152 bis 153 löschen:

Abrüstung bleibt unser Ziel ~~- gerade weil wir heute aufrüsten müssen~~. Jeder Fähigkeitsaufwuchs muss deshalb mit europäischen Initiativen für

Von Zeile 163 bis 166:

~~Zur nuklearen Frage sagen wir ehrlich:~~ Solange Nuklearwaffen existieren und ~~Russland~~ mit ihnen ~~droht~~gedroht wird, bleibt Deutschland als Mitglied der NATO Teil der erweiterten Abschreckung~~;~~. Angesichts der schwindenden Verlässlichkeit der USA unterstützen wir eine gemeinsame europäische Debatte - mit Frankreich, dem

Von Zeile 183 bis 185:

sich im Ernstfall selbst zu verteidigen - als Partner der NATO, nicht gegen sie, aber Schritt für Schritt auch Fähigkeiten der USA ersetzend. Zugleich ist europäische Verteidigungsfähigkeit ein Baustein der transatlantischen Bindung: Sie hält die NATO handlungsfähig, verteilt Lasten gerechter und stärkt die politische Verlässlichkeit des Bündnisses. Partner ~~müssen~~sollen bei Fähigkeiten, Stationierung und Einsatz

~~verbindlich mitentscheiden~~bestmöglich eingebunden werden und ~~-~~mitwirken.

Nach Zeile 193 einfügen:

- Die Priorität europäischen Aufwuchses und europäischer Beschaffung schließt jedoch internationale Beschaffungen mit Blick auf Verfügbarkeit, Einsatzreife oder fehlende europäische Entwicklungen nicht aus. Beschaffungen in den USA können darüber hinaus zur transatlantischen Bindung und zur gemeinsamen Verteidigungsfähigkeit beitragen, wenn sie keine neuen vermeidbaren Abhängigkeiten schaffen.
- Das gilt in besonderer Weise auch für die deutsch-französische Zusammenarbeit: Sie ist für die europäische Verteidigungsfähigkeit unverzichtbar, kann aber nur gelingen, wenn industrielle Teilhabe, technische Zuständigkeiten und strategische Entscheidungen transparent, fair und am europäischen Gemeinwohl ausgerichtet sind.

Von Zeile 195 bis 199:

- Abhängigkeiten bei Schlüsseltechnologien, Cloud, Chips, militärischer KI, Munition, Satellitenaufklärung, Energie, sicherer Kommunikation und kritischen Rohstoffen reduzieren.
- Europäische Verteidigungsfähigkeit muss auch zeitlich anschlussfähig sein: Wer auf neue Bedrohungen zu langsam reagiert, verliert strategische Handlungsfähigkeit.
- Europäisches Kommando für europäische Verteidigung: ~~Die MPCC sollen~~Der militärische Planungs- und Durchführungsstab (MPCC) der EU soll schnell und deutlich gestärkt werden, um ein europäisches Kommando für

Von Zeile 211 bis 215:

- ~~Keine Maschine entscheidet über Leben und Tod: Zielauswahl und tödliche Gewalt müssen unter wirksamer menschlicher Kontrolle bleiben; Deutschland setzt sich mit seinen europäischen Partnern für ein verbindliches Verbot nicht hinreichend kontrollierbarer autonomer Waffensysteme ein. Entsprechende Grundsätze sind Beschaffungsvoraussetzung.~~
- Entscheidungen über Leben und Tod dürfen auch beim Einsatz autonomer Waffensysteme nicht ohne kontextabhängiges, sinnvolles menschliches Ermessen und wirksame menschliche Kontrolle getroffen werden. Deutschland setzt sich gemeinsam mit seinen europäischen Partnern für verbindliche internationale Regeln ein, die autonome Waffensysteme verbieten, bei denen

eine hinreichende menschliche Kontrolle nicht gewährleistet werden kann. Zugleich muss Deutschland den multilateralen Dialog über den verantwortungsvollen Umgang mit künstlicher Intelligenz im militärischen Bereich fortsetzen und die internationale Zusammenarbeit in diesem Bereich fördern. Entsprechende Grundsätze sind Entwicklungs- und Beschaffungsvoraussetzung.

Von Zeile 218 bis 222:

- revisionssichere Protokolle. Kritische Systeme müssen anbieterwechsel-, rückfall- und abschaltfähig sein. **Eine Beschaffung von strukturell demokratiegefährdenden KI-Systemen oder Software von Unternehmen, die unter dem Einfluss von anti-demokratischen Kräften stehen, undemokratische Macht- und Vermögenskonzentration besitzen, oder bei denen die Einflussmöglichkeiten fremder Regierungen auf Vertragsausübung wie Datenabfluss unklar sind, lehnen wir ab.**
- Cyberdomain: Die Entwicklung von ~~defensiven und offensiven Fähigkeiten der Bundeswehr im Bereich Cyber muss weiter vorangetrieben werden.~~Cyber-Fähigkeiten muss weiter vorangetrieben werden. Eine praktisch umgesetzte europäische Integration auf technischer und

Von Zeile 225 bis 229:

- Weltraumdomain: Vorrang für Härtung, Abwehr und Resilienz. Weg vom Prinzip, dass jede Nation ~~seinen~~ihren eigenen Satelliten für gemeinsame Konstellationen baut, hin zu tatsächlich gemeinsamen Systemen.
- Parlamentsvorbehalt stärken, nicht schleifen: Der Bundestag ~~bleibt Herr~~ entscheidet über den Einsatz deutscher Streitkräfte. Beschleunigte Verfahren in